

Griechenland

NIKOLAUS WENTURIS

Die Europapolitik im Detail

Anläßlich der griechischen EG-Vollmitgliedschaft fand am 5. Januar 1981 im Parlament ein von der Regierung Rallis organisierter Festakt statt. Während die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) und die Kommunistische Partei Griechenlands (KPG) den Feierlichkeiten fernblieben, wurden diese von der Union des Demokratischen Zentrums (EDIK) als politische Kundgebung der Regierungspartei apostrophiert. In den Festreden charakterisierten sowohl Ministerpräsident Rallis als auch der Gouverneur der Bank von Griechenland, Zolotas, die griechische Mitgliedschaft als ein nationales Ereignis, das für die nächsten Generationen die freiheitlich-demokratische Staatsform zu garantieren vermag. Gleichzeitig hoben sie die großen wirtschaftlichen Vorteile hervor, die Griechenland aus der Vollmitgliedschaft erzielen könne¹.

Die Tatsache, daß 1981 sowohl griechische Parlamentswahlen, aber auch die Wahlen für das Europäische Parlament bevorstanden, ließen die parteipolitischen Kontroversen um die Europapolitik zum inhaltlichen Bestandteil des Wahlkampfes werden. Bis zum Wahltag am 18.10.1981 konzentrierten sich die europapolitischen Auseinandersetzungen zwischen der PASOK und der Regierungspartei Nea Dimokratia (ND) vor allem auf die Frage, ob die griechische Vollmitgliedschaft mit Vorteilen sowohl für den Agrar- als auch für den Industriesektor verbunden ist, oder ob nicht vielmehr die Nachteile für diese Sektoren überwiegen. Diese Kontroverse, die zu Jahresbeginn noch abstrakt geführt wurde, erhielt im Frühjahr 1981 im Zusammenhang mit der Preisgestaltung landwirtschaftlicher Produkte seitens der Europäischen Gemeinschaft, die die griechischen Erwartungen nicht erfüllte, einen konkreten Inhalt. Die griechische Regierung brachte zwar nachträglich ihre Genugtuung über diese Preisregelung zum Ausdruck² und Landwirtschaftsminister Kanellopoulos stellte sie bei jeder Gelegenheit als einen Regierungserfolg dar³; die PASOK dagegen sprach von einem „großen Schlag“⁴ für die griechischen Landwirte, vor allem angesichts einer Inflationsrate von 26,5% und einer Steigerung der Produktionsrate von 30%. Die Bestätigung ihrer Befürchtungen sowie ihrer Kritik sah schließlich die PASOK in den „unannehmbaren“ EG-Vorschlägen zur Preisgestaltung des griechischen Tabaks sowie in der „ungleichen“ Behandlung griechischer und italienischer Agrarprodukte⁵.

Im Gegensatz zu den Kontroversen um den Agrarsektor nahmen die Auseinandersetzungen bezüglich der Industrie Probleme eine bipolare Dimension an: hier waren nicht nur die EG-Beschlüsse, sondern auch die Versäumnisse der griechischen Regierung Grundlage der oppositionellen Kritik. Noch im Januar 1981 warnte die Opposition vor den negativen Bedingungen, unter denen sich die griechische Industrie innerhalb der Europäischen Gemeinschaft behaupten müsse. Als Beispiel führte sie die Haltung der EG gegenüber der Stahlindustrie und die mit ihr gekoppelten nachteiligen Folgen für die Interessenlage der griechischen Stahlproduktion an⁶. Im Laufe des Jahres 1981 und vor allem in der letzten Phase des Wahlkampfes wuchs die Kritik an der Unfähigkeit der Regierung Rallis, strukturelle Verbesserungsmaßnahmen sowie notwendige Subventionen für den sekundären Wirtschaftssektor zu ergreifen bzw. zu beschließen⁷, durch die die griechische Industrie befähigt werden sollte, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft konkurrenzfähig zu werden.

Positiv beurteilten die griechischen politischen Parteien (mit Ausnahme der KPG) und die Massenmedien die Vollmitgliedschaft im Zusammenhang mit dem Bankwesen. Die Übereinstimmung in der Einschätzung der positiven Auswirkungen hing vor allem mit der strukturellen Modernisierung des Bankwesens, mit der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit, mit der Devisenbewirtschaftung sowie mit der Steigerung des investiven Kapitals aus dem Ausland⁸ zusammen. Die Überfremdung der griechischen Ökonomie durch multinationale Konzerne, die durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit in den EG-Staaten „bevorstehende Überschwemmung der griechischen Gesellschaft mit ausländischen Ärzten, Rechtsanwälten, Ingenieuren etc.“⁹ sowie die Vereinnahmung von freiberuflich Tätigen als „Angestellte“ im Dienste multinationaler Konzerne, blieben nach wie vor als Gegenargumente und düstere Prognosen bei den Gegnern einer Integration Griechenlands in die Europäische Gemeinschaft bestehen.

Nach den Parlamentswahlen im Oktober 1981 ist in Griechenland eine deutliche Änderung der Europapolitik bei den Akteuren und Gruppierungen eingetreten, insbesondere in der Haltung der PASOK der EG gegenüber. Die Genesis dieses Änderungsprozesses ist eindeutig auf die Treffen der Sozialistischen Parteien auf Korfu¹⁰ und auf Rhodos¹¹ zurückzuführen. Eine Reihe von Gründen spielten dabei eine wesentliche Rolle: 1. In Anbetracht der bevorstehenden Wahlen konnte die PASOK der griechischen Öffentlichkeit zeigen, daß sie von ihren europäischen „Schwesterparteien“ anerkannt wird und gleichzeitig demonstrieren, daß sie in einem „ideologischen Topos“ eingebettet ist, der in Westeuropa seit Jahrzehnten die politische Szenerie mitbestimmt und deshalb – gerade in Griechenland – nicht als „abenteuerlich“ charakterisiert werden kann. 2. Für die Aufrechterhaltung dieses integrativ wirkenden Eindrucks mußte die PASOK allerdings ihre negative Haltung gegenüber der EG korrigieren; sie mußte sich aus dem „Isolationismus“ gegenüber Europa befreien,

um auch dadurch ihre Regierungsfähigkeit zu unterstreichen. Denn die einseitige Hervorhebung der Beziehungen zu den politischen Gruppierungen in der arabischen Welt bzw. die ausschließliche Betonung der Vision einer „Balkanallianz“ stünden im Widerspruch zu den „traumatischen Erinnerungen“ der griechischen Wählerschaft aus der Zeit des Bürgerkrieges, aber auch zu der kulturbedingten Arroganz gegenüber dem Nahen Osten, die die geistige Haltung der neugriechischen Gesellschaft charakterisiert. Von dieser Arroganz ist lediglich der „reine“ Geschäftsbereich ausgenommen.

Die PASOK präsentierte der griechischen Öffentlichkeit mit der Änderung ihrer außenpolitischen Orientierung auch neue ideologische Perspektiven: In Bezug auf die weltpolitische Lage sollte sich Europa durch die Stärkung des demokratischen Sozialismus innerhalb der Gemeinschaft von der US-Hegemonie befreien und den Frieden in diesem Raum sichern; mit der Schaffung einer europäischen Macht sollte das Gleichgewicht zwischen den beiden rivalisierenden Supermächten hergestellt werden. Mit Blick auf Europa sollten Griechenland und Italien, aber auch Frankreich, zusammen mit den künftigen EG-Mitgliedern Spanien und Portugal eine südeuropäische Allianz, eine „mediterranean pressure group“ innerhalb der EG bilden, um die Vorherrschaft des Nordens zugunsten südeuropäischer Interessen zu bekämpfen¹². Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß auch das EG-Konzept der KPG-Inland in die gleiche Richtung geht¹³.

Die EG-Neuorientierung der sozialistischen PASOK erfuhr nach deren Regierungsübernahme auch eine pragmatische Dimension. Ihrem Wahlspruch „Allagi“ (= Veränderung) entsprechend, maß sie der EG-Politik schon deshalb einen wichtigen innenpolitischen Stellenwert bei, da sie diese Veränderung der griechischen Öffentlichkeit am wirkungsvollsten im außenpolitischen Bereich demonstrieren konnte¹⁴. 1. durch die Betonung der griechischen Souveränität (gleichwertige Partnerschaft); 2. durch die Demonstration griechischer Selbstständigkeit gegenüber Entscheidungsdispositionen innerhalb der EG (z.B. bei der Frage nach Entsendung von EG-Truppen auf die Sinai-Halbinsel, bei der Revision des EG-Vertrages, bei den Fragen der strukturellen Reorganisation der Gemeinschaft und nicht zuletzt bei dem Versuch, das politische Ziel der Europäischen Gemeinschaft neu zu bestimmen); und 3. durch den Zuwachs der internationalen Bedeutung Griechenlands, nachdem es über eine Vermittlerrolle hinaus die Funktion eines Bindegliedes zwischen dem arabischen Nahen Osten und der Europäischen Gemeinschaft übernehmen könnte¹⁵.

Wahlen für das Europäische Parlament

Am 18. Oktober 1981 fanden – neben den Wahlen zum nationalen Parlament – auch die ersten griechischen Wahlen zum Europäischen Parlament mit folgenden Resultaten statt:

DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EG

Parteien	%	Sitze
Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK)	40,29	10
Nea Dimokratia (ND)	31,53	8
Kommunistische Partei Griechenlands (KPG)	12,68	3
Kommunistische Partei Griechenlands-Inland (KPG-Inl.)	5,15	1
Partei des Demokratischen Sozialismus (KODISO)	4,17	1
Progressive Partei	1,95	1

Interessant im Zusammenhang mit diesen parallel durchgeführten Wahlen ist das günstigere Abschneiden der Splitterparteien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. KPG-Inland und KODISO konnten mit 5,15% bzw. 4,17% der Stimmen je ein Mandat im Europäischen Parlament erzielen, wohingegen sie mit 1,37% bzw. 0,72% den Einzug ins nationale Parlament verfehlten. Selbst die Progressive Partei, die ebensowenig im griechischen Parlament vertreten ist, errang mit 1,95% der Stimmen noch ein europäisches Parlamentsmandat. Mit Ausnahme der KPG verfolgen alle in Straßburg vertretenen griechischen Parteien eine europäisch orientierte Politik. Mit der Entsendung der ersten Europaparlamentarier stellte sich die Frage nach der Fraktionszugehörigkeit bzw. Koalitionsmöglichkeit. Obwohl ein bindender Beschluß noch nicht vorliegt, scheint die Eingliederung der PASOK in die sozialistische Fraktion keine Probleme zu bereiten. Während die Zugehörigkeit der KPG-Parlamentarier zur kommunistischen Fraktion eindeutig ist, will der Mandatsträger der KPG-Inland, ebenso wie diejenigen der KODISO und der Progressiven Partei, unabhängig bleiben. Ernsthafte Schwierigkeiten hat noch immer die ND: sie lehnt die Eingliederung ihrer Mandatsträger in die konservative Fraktion ab und verhandelt über eine Integration ihrer Parlamentarier in die Fraktion der Europäischen Volkspartei.

Schlußfolgerungen

Es besteht kein Zweifel darüber, daß in Griechenland der Stellenwert der Europapolitik im Vergleich zu anderen Politikbereichen im Jahre 1981 gewachsen ist. Dieser Zuwachs war maßgeblich durch den Wahlkampf, der erst am 18.10.1981 mit den Parlamentswahlen endete, ausgelöst worden. Denn gerade die EG-Politik der konservativen Regierung Rallis wurde während des Wahlkampfes von der PASOK heftig angegriffen. Papandreou konnte die Regierungsunfähigkeit der ND nicht nur am desolaten Zustand ihrer Administration, die sich hinsichtlich der EG-Politik in permanenten Kompetenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Ministerien fast erschöpfte, aufzeigen¹⁶. Die Kritik der PASOK richtete sich auch gegen die autoritäre und antidemokratische Einstellung der ND, die in der mangelnden bzw. äußerst unzureichenden Unterrichtung des griechischen Volkes – aber auch des Parlaments – über die Inhalte der mit der EG abgeschlossenen Verträge sowie in der fehlenden bzw. dilettantischen Aufklärung der griechischen Öffentlichkeit über die Frage „Was ist die

Europäische Gemeinschaft?¹⁷, zum Ausdruck kam. Schließlich machte die PASOK der konservativen Regierung den Vorwurf, daß durch zu schnelle, oberflächliche und unvorbereitete Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft Verträge zustande gekommen sind, die den griechischen Interessen zuwiderlaufen. Aus diesem Grunde habe sich das Kabinett des „Verkaufs nationaler Interessen“ schuldig gemacht¹⁸.

Der höhere Stellenwert, den die Europapolitik in Griechenland 1981 im Vergleich zu früheren Jahren einnahm, ist aber auch in Verbindung mit den griechisch-türkischen Streitfragen zu sehen: als EG-Vollmitglied eröffnen sich Griechenland bzw. seiner Diplomatie neue Perspektiven zur Lösung des Zypernproblems und der Streitigkeiten um den Festlandssockel in der Ägäis.

Diese neu perzipierte außenpolitische Dimension, die mit der griechischen EG-Vollmitgliedschaft gekoppelt ist, und die von den griechischen Parteien in dieser Form einzig von der PASOK gesehen und artikuliert wurde, löste ein Umdenken in der griechischen Öffentlichkeit aus: spätestens mit der Regierungsübernahme durch die PASOK wurde deutlich, daß die Einbettung Griechenlands in ein internationales System nicht mit ausländischen Interventionen gleichzusetzen ist. Der griechischen Öffentlichkeit mußte gezeigt werden, daß die bisherigen Möglichkeiten der ausländischen Einmischungen in innergriechische Angelegenheiten weder das Resultat ‚metaphysischer Kräfte‘ noch das Produkt ‚internationaler Verschwörungen‘ gegen das Land waren¹⁹, sondern vielmehr Reaktionen auf konkrete politische Verhaltensmuster griechischer Regierungen. Primär wurde diese Bewußtseinsänderung jedoch durch eine, nach dem Regierungswechsel eingeleitete Aufklärungskampagne der griechischen Massenmedien ausgelöst, die über eine Reihe von ‚Erfolgen‘ Griechenlands²⁰ – sowohl innerhalb der Gemeinschaft als auch innerhalb der NATO – als Beweis griechischer Eigenständigkeit berichteten, aber weder positive noch negative Reaktionen der EG auf die von der PASOK praktizierte Europapolitik erwähnten.

Auf der Grundlage der Programmatik der PASOK und ihrer seit einigen Monaten²¹ amtierenden Regierung zeichnen sich für die griechische Europapolitik der unmittelbaren Zukunft zusammenfassend folgende Entwicklungen ab: Ein griechischer Austritt aus der EG scheint unwahrscheinlich, ein Referendum nur mit der Funktion, die Vollmitgliedschaft zu bestätigen, möglich. Entsprechend ihren Stellungnahmen wird die Regierung allerdings nach britischem Vorbild eine Reihe von Beitrittsbestimmungen zu korrigieren versuchen. Insbesondere die Regelungen der Übergangsperiode, die eine Vielzahl landwirtschaftlicher Exportgüter in die Gemeinschaft tangieren, Fragen der Zuwendungen aus dem Regionalfonds und die Förderung besonders unterentwickelter Regionen sollen erneut in der Gemeinschaft diskutiert werden. Die griechische Regierung strebt ferner nach einer Verkürzung der mit der EG vereinbarten 7-Jahres-Sperrklausel bis zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EG sowie

nach einer Modifizierung der Bestimmungen, die den Import griechischer Agrar- und Industriegüter in die EG zugunsten von Dritt-Länder-Importen einschränken.

Anmerkungen

- 1 To Vima, 6.1.1981.
- 2 Kathimerini, 3.4.1981.
- 3 To Vima, 27.4.1981; Eleftherotypia, 2.4.1981.
- 4 Kathimerini, 3.4.1981.
- 5 Oikonomikos Tachydromos, 21.5.1981 und 6.8.1981.
- 6 Oikonomikos Tachydromos, 29.1.1981.
- 7 To Vima, 19.9.1981, 24.9.1981, 4.10.1981, 11.10.1981; Ta Nea, 29.9.1981; Oikonomikos Tachydromos, 19.11.1981.
- 8 Oikonomikos Tachydromos, 29.1.1981, 29.10.1981, 17.12.1981.
- 9 Ta Nea, 22.9.1981, 23.9.1981; Oikonomikos Tachydromos, 19.2.1981.
- 10 Ta Nea, 23.8.1981, 25.8.1981.
- 11 Oikonomikos Tachydromos, 20.8.1981.
- 12 Oikonomikos Tachydromos, 13.8.1981.
- 13 Oikonomikos Tachydromos, 5.3.1981, 3.12.1981; Ta Nea, 19.9.1981.
- 14 Ta Nea, 22.9.1981, 23.9.1981; To Vima, 27.11.1981, 28.11.1981, 29.11.1981; Oikonomikos Tachydromos, 12.11.1981, 26.11.1981, 10.12.1981.
- 15 Oikonomikos Tachydromos, 26.11.1981, 10.12.1981; To Vima, 29.11.1981.
- 16 Oikonomikos Tachydromos, 3.9.1981, 10.9.1981.
- 17 To Vima, 28.11.1981; Oikonomikos Tachydromos, 15.10.1981, 29.10.1981, 12.11.1981.
- 18 Oikonomikos Tachydromos, 26.11.1981.
- 19 Vgl. Papandreou Interviews mit dem amerikanischen ABC am 26.10.1981 und mit dem britischen BBC am 27.10.1981 in: To Vima, 27.10.1981; Eleftherotypia, 28.10.1981.
- 20 Vgl. auch Le Monde, 22.1.1982.
- 21 Das Manuskript wurde im März 1982 abgeschlossen.

Weiterführende Literatur

- Alexandropoulos, Nicolas, Wirtschafts- und wettbewerbspolitische Probleme des griechischen EG-Beitritts, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1981, 227 S.
- Direction des affaires communantaires (Hrsg.), La Grèce et la Communauté, Athen: Ministère des affaires étrangères 1980, 115 S..
- Institute of International Public Law and International Relations (Hrsg.), The Law of the European Communities and Greece, Thessaloniki: Thesaurus Acroasium Verlag 1981, 668 S.
- Kopsidis, Rallis M., Theoretische und empirische Analyse von Entwicklungseffekten der Integration Griechenlands in die Europäische Gemeinschaft, Göttingen: Eichhorn Verlag 1980, 244 S.
- Tsoukalis, Loukas, The European Community and its Mediterranean Enlargement, London: Allen and Unwin Verlag 1981, 273 S.